

Mehr Baugrundstücke gefordert

Kongress in Hanau sucht nach Lösungen gegen den Wohnungsmangel

VON GREGOR HASCHNIK

Mehr baureife Grundstücke, weniger Auflagen beim Planen und Bauen, finanzielle Anreize für kommunale Investitionen – diese Forderungen haben Vertreter von Politik und Immobilienbranche während des Kongresses „Frankfurt-Rhein-Main baut!“ am Donnerstag in Hanau gestellt. So ließe sich die Zahl der neuen Wohnungen erhöhen und der Preisdruck mindern.

Der Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main, der Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie der Verband der südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW) hatten zu der Tagung eingeladen. Ihren Angaben zufolge nahmen 200 Fachbesucher teil.

Der Direktor des Regionalverbandes, Ludger Stüve (SPD), kri-

tisierte, dass viele potenzielle Bauflächen nicht entwickelt würden. Von 2300 Hektar, die im regionalen Flächennutzungsplan ausgewiesen seien, blieben etwa 90 Prozent ungenutzt. Stüve lobte Kommunen wie Hanau und Nidderau, wo in den vergangenen Jahren zahlreiche Wohneinheiten entstanden seien, und nahm die Städte und Gemeinden, wo kaum gebaut wird, in die Pflicht. Gleichzeitig forderte Stüve vom Gesetzgeber: „Das Bauen muss erleichtert werden.“ Schon der Planungsprozess dauere zu lange. Der Wohnungsbau in der Region stagniere bei ungefähr 9500 neuen Einheiten pro Jahr. „Wir bräuchten eine Steigerung um 50 Prozent“, so Stüve.

Axel Tausendpfund, Direktor des VdW, hält Nachverdichtung für ein besonders wichtiges Mittel gegen den Mangel. Dadurch

könnten in Frankfurt 20 000 neue Wohnungen entstehen. Bis 2040 werden dort 100 000 neue Wohneinheiten gebraucht.

Frankfurts Planungsdezernent Mike Josef (SPD) gab zu bedenken, dass einigen Kommunen das Geld fehle, auch um die Folgekosten beim Bauen, etwa für die Infrastruktur, zu stemmen. Deshalb „brauchen sie finanzielle Anreize“ vom Land. Zudem sollten sich Städte und Gemeinden vom Kirchturmdenken befreien, gemeinsame Projekte starten. Neue Bauflächen auszuweisen, sei nicht einfach, nicht zuletzt weil dies oft mit politischen Konflikten einhergehe. Wichtig sei, auf allen möglichen Wegen Wohnraum zu schaffen: auf der grünen Wiese zu bauen, aber auch, wie in Frankfurt, Wohnungen in der Bürostadt Niederrad zu ermöglichen.



Viele potenzielle Bauflächen lägen brach, kritisiert der Regionalverband.

MICHAEL SCHICK